



Sprechzettel

von Schulministerin Barbara Sommer

zur Schuljahres-Eröffnungs-Pressekonferenz
am 14. August 2009

- es gilt das gesprochene Wort -

- **Mehr Lehrerstellen und mehr Ganztagsangebote**
- **Rekordergebnis bei der Lehrereinstellung**
- **Erneute Leistungssteigerungen beim Zentral-Abitur**
- **Einführung eines Rückmeldesystems zur Lehrerbewertung**

Das Schuljahr 2009/2010 startet am kommenden Montag. Der Zeitpunkt des Schulstarts war einige Zeit lang offen, da es Überlegungen gab, die Ferien wegen der Schweinegrippe zu verlängern. Am vergangenen Dienstag ist nun die Entscheidung gefallen, dass das Schuljahr wie geplant beginnen kann. Der vom Gesundheitsministerium eingesetzte Expertenrat hat festgestellt, dass eine Verlängerung der Ferien nicht sinnvoll, nicht erfolgversprechend und unverhältnismäßig sei. Diesem Votum ist die Landesregierung gefolgt.

Dennoch muss die Schweinegrippe auch an unseren Schulen im Auge behalten werden. Deswegen haben wir unsere Schulen zu verstärkten Hygienemaßnahmen aufgefordert, um die Ausbreitung der Schweinegrippe aufzuhalten. Hierzu zählt vor allem das regelmäßige Händewaschen.

Um eine Ansteckungsgefahr zu reduzieren sollten sowohl Schüler als auch Lehrer beim ersten Verdacht auf eine mögliche Infektion unbedingt zu Hause bleiben. Dies gilt besonders, wenn der Betroffene erst in der letzten Ferienwoche nach Hause gekommen ist – vor allem aus den meist betroffenen Ferienregionen.

Bei Verdacht auf eine Erkrankung an der Neuen Grippe sollten die Lehrkräfte sofort die Eltern benachrichtigen, damit der Schüler oder die Schülerin nach Hause gebracht werden kann. Von dort sollte ein Arzt zunächst telefonisch konsultiert werden. Ich appelliere an alle Beteiligten, diese Vorsichtsmaßnahme einzuhalten. Die Gesundheit der Schüler steht im Vordergrund und es muss alles dafür getan werden, damit sich andere Kinder und Lehrkräfte nicht mit der Neuen Grippe anstecken. Besondere Risiken bestehen für schwangere Schülerinnen und Lehrerinnen. Für diesen Kreis gelten besondere Schutzvorkehrungen. Hierzu habe ich gestern eine Empfehlung meines Kollegen Laumann an die Schulen weitergeleitet. Sie finden diese Mail in der Pressemappe.

Von den Gefahren der Schweinegrippe einmal abgesehen blicke ich mit Vorfreude in das neue Schuljahr. Ich bin mir sicher, es wird ein gutes Jahr für unsere Schülerinnen und Schüler. Das Schuljahr 2009/2010 wird keine großen Veränderungen oder Umstrukturierungen mit sich bringen. Wir wollen den Schulen die Möglichkeit geben, die zahlreichen Verbesserungen, die wir in den vergangenen Jahren vorgenommen haben, nun in Ruhe umzusetzen. Ich weiß, der Prozess war hart und hat den Schulen einiges abverlangt. Die Neuerungen waren aber notwendig, um unser Schulsystem zukunftsfest zu machen und die Bildungschancen unserer Kinder zu verbessern. Dies muss nun wachsen und seine Wirkung entfalten. Schule ist ein lebender Organismus, bei dem immer mal wieder Eingriffe notwendig sind, um das System an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Es wird aber in diesem Schuljahr keine großen Veränderungen geben.

Die Rahmenbedingungen für unsere Schulen wurden im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich verbessert:

- Für dieses Schuljahr schaffen wir **1.831 zusätzliche Lehrerstellen**. Im Vergleich zum Beginn der Legislaturperiode haben wir damit 6.915 Lehrerstellen mehr.
- Damit verbessern wir die **Schüler-Stellen-Relation auf 17,06** Schüler pro Lehrerstelle. Im Jahr 2005 lag dieses Verhältnis noch bei 1 zu 18,59.
- Mit Beginn des Schuljahres startet auch unser Ganztagsausbau an Gymnasien und Realschulen. Insgesamt **96 neue Ganztagschulen** nehmen am Montag ihren Betrieb auf, davon 44 Realschulen und 52 Gymnasien. Die Quote an Ganztagschulen in diesen Schulformen steigt damit von 4 % auf rund 12 %.
- Auch im Primarbereich wird die Ganztagsoffensive fortgesetzt. Ab sofort stehen **21.000 zusätzliche Plätze zur Verfügung**. Damit gibt es nun an 2.970 Schulen Angebote mit insgesamt 203.000 Plätzen. Das sind zweieinhalb Mal so viele wie noch 2005.
- Im Rahmen der Ganztagsoffensive stehen an den Schulen des Landes somit in diesem Schuljahr **293.800 Ganztagsplätze** zur Verfügung. 2005 waren es noch 94.800. Dies ist eine Steigerung um fast 200.000 Plätze (+ 310 %). Hatte damals nur jeder 30 Schüler die Chance auf einen Ganztagsplatz, so ist dies heute fast jeder zehnte.

Fortführung der Ganztagsoffensive

Mit dem Ganztagsausbau werden wir die Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen tiefgreifend verändern. Bei unseren Maßnahmen handelt es sich um revolutionäre Veränderungen, die prägend sein werden für die nächsten Jahrzehnte. Der Paradigmenwechsel von der Halbtags- zur Ganztagschule wird im Laufe der Jahre dazu führen, dass die Schule ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag besser als bisher erfüllen kann.

Man kann diesen Paradigmenwechsel durchaus vergleichen mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht im 19. Jahrhundert. Das Ziel war damals eine Schule für alle und nicht nur für die Kinder der Oberschicht. Es entstand die Schule, wie wir sie kennen. Alle staatlichen Schulen waren Halbtagschulen und konnten es sein, weil in der bürgerlichen Gesellschaft die Rollen zwischen Mann und Frau klar verteilt waren. Nach außen, zur lokalen Gesellschaft und Wirtschaft waren die Schulen getrennt und abgeschottet, durch sichtbare und unsichtbare Mauern wie auch durch die Art der Schularchitektur. Nicht umsonst haben die Schulgebäude, die damals gebaut wurden, in ihrer äußeren Erscheinung oft eine verblüffende Ähnlichkeit mit Kasernen, Krankenanstalten und Verwaltungsgebäuden.

Die Zeiten haben sich geändert, und mit ihnen die Art und Weise, wie Menschen leben und arbeiten. Es ist heute selbst verständlich, was früher die Ausnahme war: Mütter – und zum Glück auch immer mehr Väter – wollen Beruf und Familie vereinbaren. Die Schulen können nicht mehr davon ausgehen, dass immer jemand zu Hause ist und wartet, wenn die Schule mittags zu Ende ist. Die Arbeitswelt ist flexibler geworden. Der Wandel der Gesellschaft, der Arbeitswelt und der Lebenswelt konfrontiert die Schulen mit neuen Herausforderungen.

Erstmals werden wir den Eltern in Nordrhein-Westfalen zukünftig eine Wahlfreiheit ermöglichen können, ob ihr Kind bis mittags oder im Ganztage betreut und gefördert werden soll. Unter Rot-Grün war der Ganztage bei den weiterführenden Schulen ein Privileg der Gesamtschulen. Zwischen 1993 und 2005 wurde nur dieser Schulform der Ganztage ermöglicht. Wir geben nun auch Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien die Möglichkeit, Ganztageangebote einzurichten.

Entwicklung der Zahl an Ganztagschulen nach Schulformen:			
	2004/05	2009/10	Prognose 2010/11
OGS Grundschulen	670	2.722	leichte Erhöhung möglich
OGS Förderschulen	30	242	
Hauptschule	147	346	366
Realschule	22	66	130
Gymnasien	27	79	135
Gesamtschulen	210	211	211
Förderschulen SI	193	219	219

Ich bin optimistisch, dass wir das gesetzte Ziel von 216 neuen Ganztagsgymnasien und –realschulen bis 2010 erreichen werden. Bereits jetzt haben wir **210 Plätze** fest vergeben. Die restlichen sechs Plätze werden in den nächsten Monaten ganz sicher beantragt werden.

Mit unseren Maßnahmen steigt im kommenden Schuljahr die Quote der Schülerinnen und Schüler, die eine Ganztagschule besuchen, von 16,4 Prozent im Schuljahr 04/05 auf nun **29,1 Prozent**. Durch den jahrgangweisen Aufwuchs des Ganztags wird diese Quote beim bereits jetzt feststehenden Bestand an Ganztagschulen im Endausbau (2015) auf rund 43 Prozent anwachsen.

Ganztagschulen bieten zahlreiche Vorteile. In einer Ganztagschule können sich die Lehrkräfte sowohl den Begabten als auch den Schülerinnen und Schülern, die es schwerer haben als andere, intensiver widmen. So werden sie den einen wie den anderen besser gerecht. Ganztagschulen sind besser geeignet, Chancengerechtigkeit zu verwirklichen. In Ganztagschulen haben Kinder eine anregungsreiche Lernumgebung.

Ganztagschulen sind offene Schulen. Sie sind eingebettet in das Leben der Stadt oder Gemeinde. Die Schulen werden zu sozialen Orten, wo die Bürger der Stadt, das Handwerk, Jugendhilfe und Jugendarbeit, Sport- und Musikvereine, Künstler und Betriebe, Kirchen und die vielen Ehrenamtlichen keine Fremdkörper, sondern höchst willkommen sind, sich in das Bildungsangebot und das Leben der Schule

einzubringen. Das wird auch dadurch ermöglicht, dass alle Schulen ab diesem Jahr erstmals ein Drittel des Ganztagszuschlags kapitalisieren können. Damit können sie die externen Partner für ihre Leistungen auch finanziell entschädigen. Dies alles wird dazu beitragen, unsere Kinder bestmöglich zu fördern und ihre Potenziale zur Entfaltung zu bringen.

Versorgungsquote Ganztagschulen nach Schulformen:		
	2004/05	2009/10
OGS Grundschulen	20 %	80 %
Hauptschule	20 %	50 %
Realschule	4 %	12 %
Gymnasien	4 %	12 %
Gesamtschulen	97 %	95 %

Über eine weitere Neuerung freue ich mich ganz besonders: Erstmals kommen diejenigen Kinder in die Grundschulen, die von unserer vorschulischen **Sprachförderung** profitiert haben.

Wir hatten - wie Sie alle wissen - erstmals vor zwei Jahren die Sprachfähigkeit aller Kinder in Nordrhein-Westfalen überprüft. Damit wollten wir dafür sorgen, dass sie in der Schule dem Unterricht folgen und sich an ihm beteiligen können. Denn Sprachkompetenz ist die wichtigste Grundlage, um Wissen erwerben und nutzen zu können. Die Landesregierung hat für diese Sprachförderung pro Kind 680 Euro bereitgestellt. Die Kinder haben 400 Förderstunden erhalten, die von einer Fachkraft durchgeführt wurden. Insgesamt mehr als 30.000 der diesjährigen Erstklässler haben die zweijährige Sprachförderung erhalten. Das sind rund 20 Prozent der jetzt eingeschulten Kinder.

Der Erfolg dieser Maßnahme wird im Unterricht spürbar sein. Ich bin mir sicher, dass die Sprachförderung langfristig dafür sorgen wird, dass wir deutlich weniger Bildungsverlierer an unseren Schulen haben. Hiermit geben wir besonders Kindern mit Zuwanderergeschichte und Kindern aus sozial schwachen Familien eine gezielte Unterstützung. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt hin zu unserem Ziel: Kein Kind darf verloren gehen.

Auch der Kampf gegen das Wiederholen einer Klasse wird fortgesetzt. An unserer Initiative „Komm mit!“ haben sich im vergangenen Schuljahr bereits 412 weiterführende Schulen beteiligt. Diese Schulen sollen modellhafte Konzepte entwickeln, wie durch eine individuelle Förderung die Zahl der Sitzenbleiber deutlich reduziert werden kann. Im nächsten Schuljahr können sich nun 400 weitere Schulen an diesem Programm beteiligen. Bis zum 15. September können sich die Schulen bei uns bewerben. Sie starten dann zu Beginn des Jahres 2010 in das Programm. Mit der Ausweitung von „Komm mit!“ geben wir Impulse für einen Wandel hin zur Individualisierung des Lernens und weg vom Instrument des Sitzenbleibens. Erste Erfolge der Initiative lassen sich bereits erkennen. Die Sitzenbleiberquote in der Sekundarstufe I liegt nur noch bei 2,7 Prozent und damit auf dem niedrigsten Stand seit dem Beginn des Erhebungszeitraums 1997/98; an den Gymnasien sank sie sogar seit 2001 von 3,9 auf 1,5 Prozent. Dies ist ein Beweis für die Tatsache: Die Individuelle Förderung an unseren Schulen hat sich durchgesetzt.

Zwei weitere schulpolitische Maßnahmen stehen ganz oben auf unserer Agenda. Für die Verkleinerung der Klassenstärken wird es noch in diesem Schuljahr einen konkreten Plan geben. Dort werden wir klar aufzeigen, wie unser Konzept aussieht und wie wir diese Maßnahme finanzieren. Das zweite wichtige Thema ist die Erhöhung der Leitungszeit für unsere Schulleitungen. Hier werde ich dafür kämpfen, dass unsere Schulleiter mehr Zeit dafür bekommen, um die pädagogische, organisatorische, didaktische, administrative und personelle Führung ihrer Schule wahrnehmen zu können.

Besetzungssituation bei den Lehrerstellen

Im vergangenen Halbjahr und auch in den Sommerferien ist das Thema Lehrermangel bundesweit, ja sogar EU-weit diskutiert worden. Die Probleme, genügend qualifiziertes Personal zu finden, bestehen grenzüberschreitend.

Ich habe es bereits in der Vergangenheit gesagt und wiederhole es hier gerne noch einmal: Es gibt schulformbezogene, regionale und fächerspezifische Engpässe bei der **Lehrerversorgung**. Dies ist nicht zuletzt auch dadurch begründet, dass wir so viele zusätzliche Stellen geschaffen haben, auf die der Lehrerarbeitsmarkt nicht

vorbereitet war. Deswegen sind nun große Kraftanstrengungen erforderlich, um alle Stellen zu besetzen.

Das Schulministerium hat in der Vergangenheit zahlreiche Bemühungen unternommen, um genügend qualifiziertes Personal an unsere Schulen zu bekommen. Zu diesen Maßnahmen gehören:

- die Ausweitung der Plätze im Vorbereitungsdienst um 2.500 (500 weitere sollen 2010 folgen),
- die Einführung eines zweiten Einstellungstermins in den Vorbereitungsdienst,
- die Möglichkeit der vorzeitigen verbindlichen Einstellungszusage („Frühbuchersystem“),
- die Erweiterung der Möglichkeiten der Einstellung von Seiteneinsteigern,
- die Einstellung von Uni-Absolventen mit nur einem Fach,
- die Einrichtung von Zertifikatskursen, um bereits ausgebildete Lehrkräfte für ein Mangelfach zu qualifizieren,
- die Einführung des Sprintstudiums für Mangelfächer (Informatik, Kunst, Mathematik und Physik),
- die Einstellung von Muttersprachlern sowie
- die Einstellung von Theologen als Religions- und Lateinlehrer mit entsprechender Qualifizierung.

Erstmals wird in diesem Schuljahr den Referendaren bereits ein halbes Jahr vor Abschluss ihrer Ausbildung die Bewerbung für das Einstellungsverfahren angeboten. Dies erleichtert den Einstieg, da die Bewerbungsfristen bislang immer in der letzten Prüfungsphase lagen. Als eine weitere Maßnahme möchte ich auch die Heraufsetzung der Verbeamtungsgrenze nennen. Die frühere Grenze von 35 Jahren wurde teilweise als Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu anderen Bundesländern angesehen. Nun haben wir die Grenze auf 40 Jahre heraufgesetzt. Beim Vorliegen entsprechender Gründe wie Wehrdienst oder Erziehungszeiten kann diese Grenze sogar bis auf 46 Jahre ausgeweitet werden. Durch diese Maßnahme werden wir uns auch im Wettbewerb der Bundesländer weiterhin gut behaupten können.

Ich selbst habe im Frühjahr einen Brief geschrieben an beurlaubte Lehrkräfte sowie an Teilzeit-Lehrer. In diesem Brief habe ich das Angebot unterbreitet, den

persönlichen Einsatz dieser Gruppe an unseren Schulen wieder aufzunehmen beziehungsweise ihn auszubauen. Und das unter einer verbesserten finanziellen Perspektive. Dieser Brief hat zwar einige gestört. Aber ich sehe es als meine Pflicht als Schulministerin an, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die vorhandenen Lehrerstellen zu besetzen und die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Dies ist uns auch für das kommende Schuljahr weitgehend gelungen. Zum Schuljahresbeginn haben 4.711 neue Lehrerinnen und Lehrer ihren Dienst an den Schulen angetreten. Zusammen mit den bereits im Februar eingestellten Lehrkräften sowie den noch zu erwartenden Einstellungen bis zum Ende des Jahres werden in diesem Jahr rund 8.000 neue Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen unterrichten. Das ist die höchste Einstellungszahl in Nordrhein-Westfalen seit 1981.

Einstellungen zum 1. August 2009 nach Schulformen	
Grundschule	851
Hauptschule	342
Realschule	519
Gesamtschule	626
Gymnasium	1.249
Förderschule	480
Berufskolleg	591
Weiterbildungskolleg	43
Herkunftssprachlicher Unterricht	10
Summe	4.711

Seit dem vergangenen Jahr treten die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen ihren Dienst bereits 5 Tage vor Unterrichtsbeginn an. Damit erhalten sie die Möglichkeit, an den vorbereitenden Konferenzen in ihrer Schule teilzunehmen und sich auf ihre neue Aufgabe intensiv vorzubereiten. Diese Maßnahme kostet das Land in diesem Jahr rund 3 Millionen Euro.

Über alle Schulformen betrachtet liegt die Bedarfdeckungsquote laut ersten Prognosen im nächsten Schuljahr bei 103,9 Prozent. Dies schaffen wir durch die 4.000 geschaffenen Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung.

Dass heißt, wir haben an unseren Schulen fast 4 Prozent mehr Lehrerstellen als für die Erteilung des Unterrichts notwendig wären. Damit führt eine nicht besetzte Lehrerstelle an einer Schule nicht automatisch zu Unterrichtsausfall, wie dies die SPD behauptet.

Von den zum 1. August ausgeschriebenen Stellen konnten bislang lediglich 338 nicht besetzt werden. Aus den noch laufenden Bewerbungsverfahren rechnen wir mit weiteren Nichtbesetzungen. Wir gehen davon aus, dass in diesem Halbjahr rund 800 Lehrerstellen offenbleiben werden. Damit beträgt die Quote der unbesetzten Lehrerstellen an allen Schulformen lediglich 0,5 Prozent der insgesamt rund 152.000 Lehrerstellen in Nordrhein-Westfalen.

In diesem Jahr haben in Nordrhein-Westfalen 6.220 Lehramtsanwärter ihre Ausbildung abgeschlossen: Diese Zahl reicht nicht aus, um den vorhandenen Bedarf zu decken. Die Vorgängerregierung hat es versäumt, Vorsorge dafür zu treffen, genügend Abiturienten für den Lehrerberuf zu gewinnen. Junge Menschen wurden abgeschreckt, ein Lehramtsstudium aufzunehmen. Es wurde damals sogar von Rot-Grün die Lehrerausbildung an der Universität Bonn eingestellt. Außerdem sollte der für die Bewerber attraktive Beamtenstatus für Lehrer abgeschafft werden. Daher finde ich es unanständig, wenn uns die SPD nun vorwirft, dass wir nicht alle Stellen besetzen können. Diese Situation hat die SPD zu verantworten.

Ein Lehrer, den wir heute einstellen wollen, hat spätestens im Jahr 2003 mit dem Studium anfangen müssen. Dies ist die Verantwortung der alten Landesregierung. Es waren ihre Versäumnisse, die uns in diesem Jahr besondere Kraftanstrengungen abverlangten, um die Stellen zu besetzen. Die Einstellungszahlen belegen, dass das Land das vorhandene Potenzial an Lehrkräften voll ausgeschöpft hat. Zudem konnten durch die Maßnahmen wie der Ausweitung des Seiteneinstiegs, der Werbung ausländischer Lehrkräfte oder der Möglichkeit zur Kapitalisierung von Stellen weitere geeignete Kräfte an die Schulen geholt werden. Außerdem sind rund 360 Einstellungen aus anderen Bundesländern erfolgt.

Früher war es so, dass viele Lehrer arbeitslos wurden, weil es keine Stellen gab. Wir haben Stellen geschaffen und arbeiten hart daran, diese auch zu besetzen. Wir

können allerdings auch keine Lehrer herbeizaubern. Deswegen werden wir unsere Bemühungen fortsetzen, damit unsere Schulen zukünftig aus einem größeren Kreis an Bewerbern auswählen können. Hierzu zählt insbesondere die bereits erfolgte Erhöhung der Referendariatsplätze um 2.500. Im nächsten Jahr sollen noch einmal 500 hinzukommen. Durch diese von uns eingeleiteten Maßnahmen werden wir die Einstellungsbilanz zukünftig noch weiter verbessern.

Aufgrund einer Vielzahl von Kleinen Anfragen hat die SPD am Mittwoch die absurde Behauptung aufgestellt, an unseren Schulen seien 5.000 Stellen nicht besetzt. Ich habe Ihnen gerade die tatsächlichen Fakten vorgestellt. Die Zahlen der SPD sind blanker Unsinn.

Die SPD begeht bei ihren Berechnungen zahlreiche grundlegende Fehler, interpretiert einseitig und unterschlägt bewusst Fakten. Dies haben wir in der Vorbemerkung zu den Kleinen Anfragen ausführlich dargelegt. Ein Beispiel finden Sie in den Pressemappen. Zu den Manipulationsversuchen der SPD gehören die Nichtbeachtung der Existenz überbesetzter Schulen, die Missachtung von datentechnischen Unsicherheiten, die Nichtberücksichtigung der Möglichkeit zur Kapitalisierung von Stellen sowie das Weglassen der Vertretungsreserve für die Grundschule sowie der flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht, die landesweit fast 2.000 Stellen ausmachen.

Fakt ist: Die Stellen sind vorhanden. Dies wird ja auch neuerdings von der Opposition nicht mehr in Zweifel gezogen. Und alle diese Stellen können von den Schulen ausgeschrieben und besetzt werden. Deswegen sind die Berechnungen der SPD unseriös und spiegeln nicht die Realität an unseren Schulen wieder. Entscheidend sind die Zahlen der ausgeschriebenen Stellen, die nicht besetzt werden konnten. Dies sind die bereits erwähnten rund 800. Wir werden auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um diese Lücke weiter zu reduzieren und möglichst zu schließen.

Evaluation Zentralabitur

An insgesamt 624 Gymnasien und 204 Gesamtschulen hat in diesem Jahr das Zentral-Abitur stattgefunden. Insgesamt haben dort rund 70.000 Schülerinnen und Schüler an den Abiturprüfungen teilgenommen. Als wichtigstes Ergebnis der Evaluation zeigt sich eine weitere Verbesserung des Notendurchschnitts: Mit einem Notendurchschnitt von insgesamt 2,58 konnte das Ergebnis des Vorjahres noch einmal übertroffen werden. Damit wurde 2009 das beste Ergebnis erreicht seit dem Beginn der Dokumentation im Jahr 1992. Die Durchschnittsnote an den Gymnasien beträgt 2,53 und an den Gesamtschulen 2,83.

Mittelwerte der Abiturnote 2007 bis 2009			
	2007	2008	2009
Gymnasium	2,60	2,59	2,53
Gesamtschule	2,86	2,87	2,83
Insgesamt	2,64	2,63	2,58

Die Bestehensquote ist im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig und liegt nun bei 96,3 %. Die Zahl der Durchfaller ist am Gymnasium von 1,8 % im Jahr 2008 auf 3,1 % im Jahr 2009 angestiegen. Sie liegt damit am Gymnasium weiterhin unter der an Gesamtschulen, deren Nichtbestehensquote sich aber gegenüber dem Vorjahr von 7,0 % auf 6,9 % leicht verbessert.

Anteil der nicht bestanden Abiturprüfungen 2007 – 2009 (in Prozent)			
	2007	2008	2009
Gymnasium	2,6 %	1,8 %	3,1 %
Gesamtschule	8,5 %	7,0 %	6,9 %
Insgesamt	3,6 %	2,6 %	3,7 %

Die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten mit der Bestnote 1,0 als Abiturdurchschnitt konnte gegenüber 2008 noch einmal deutlich gesteigert werden. Hatten im Vorjahr bei einem gleichen Rückmeldestand (ca. 90 %) lediglich 392 Abiturienten diese Traumnote erreicht, so sind es in diesem Jahr 625 (Gymnasium: 597; Gesamtschule: 20).

Sowohl bei den Leistungs- wie bei den Grundkursen ist gegenüber dem Vorjahr bei den meisten Fächern ein günstigerer Durchschnittswert zu konstatieren. Erfreulich sind insbesondere die Leistungssteigerungen in den Fächern Mathematik und Physik. Hier hatte es im vergangenen Jahr - insbesondere an den Gesamtschulen – einige Probleme gegeben. Genau vor einem Jahr hatte ich deswegen bei der Pressekonferenz ein umfangreiches Maßnahmenpaket angekündigt, um diese Probleme zu bekämpfen.

Diese Maßnahmen wurden umgesetzt. Hierzu gehört die Einrichtung der Qualitätszirkel Mathematik, die bereits im vergangenen Jahr ihre Arbeit aufgenommen haben. Dieses Angebot richtete sich insbesondere an Lehrkräfte derjenigen Schulen, die beim Zentralabitur 2008 im Fach Mathematik schwache Leistungen gezeigt hatten. Rund 240 Lehrerinnen und Lehrer haben seitdem in 22 regionalen Arbeitskreisen Unterstützungsangebote für den Mathematikunterricht in der Oberstufe erarbeitet. Außerdem gab es gezielte Beratungen dieser Schulen durch die Bezirksregierungen sowie die Anhebung des Fortbildungsbudgets der Gesamtschulen um einmalig 1.000 Euro pro Schule für die systematische Weiterqualifizierung der Mathematiklehrer.

Ich bin froh, heute sagen zu können, dass diese Anstrengungen erste Erfolge zu verzeichnen haben. Die Ergebnisse der Abiturklausuren im Leistungskurs Mathematik stiegen an den Gesamtschulen von durchschnittlich 4,6 auf 6,0 Punkte (Gymnasium 8,2 auf 9,5). Im Leistungskurs Physik verbesserten sich die Abiturienten bei der Klausur sogar von 5,0 auf 7,3 Punkte (Gymnasium 8,4 auf 9,4).

Ergebnisse der Abiturklausuren (in sechs Leistungskursen) im Vergleich 2008 – 2009 (in Punkten)				
	Gymnasium		Gesamtschule	
	2008	2009	2008	2009
Biologie	9,0	9,6	7,2	7,6
Deutsch	8,5	9,0	7,1	7,6
Englisch	8,7	9,1	7,0	7,6
Geschichte	8,5	8,5	6,9	6,8
Mathematik	8,2	9,5	4,6	6,0
Physik	8,4	9,4	5,0	7,3

Darüber hinaus beträgt der Unterschied zwischen schriftlicher Vornote und Note in den Abiturklausuren im Leistungskurs Mathematik an den Gesamtschulen in diesem Jahr nur noch 1,1 Punkte statt 2,3 Punkten im Vorjahr zuungunsten der Klausurnoten im Abitur. Gleichzeitig hat die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in diesem Fach nur mit einer Minderleistung die Abiturklausur abgeschlossen haben, von 54,5 % in auf 39,8 % im Jahr 2009 abgenommen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Leistungskurs Physik an Gesamtschulen. Betrag der Unterschied zwischen Vornote und Klausurnote im Vorjahr noch 3,1 Notenpunkte, so hat sich dieser Abstand auf 0,3 Punkte verringert. Und auch hier ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die nur mit einer Minderleistung die Abiturklausur abgeschlossen haben, von 51,5 % auf 24,3 % in 2009 zurückgegangen.

Leichte Rückgänge in den Durchschnittsnoten hat es bezogen auf Gymnasien und Gesamtschulen in diesem Jahr insbesondere in den Grundkursen Biologie (von 8,4 auf 7,8), Musik (von 10,9 auf 9,6) und Französisch fortgeführt (von 10,7 auf 10,1) sowie in den Leistungskursen Katholische Religionslehre (von 9,3 auf 8,7) und Philosophie (von 9,8 auf 9,2) gegeben.

Einführung eines Rückmeldesystems

Vor den Sommerferien hat der Bundesgerichtshof ein Urteil zur Internet-Plattform „spickmich“ gefällt. In diesem Urteil hat das Gericht die im Internet einsehbare Bewertung von Lehrerinnen und Lehrern durch ihre Schüler für zulässig erklärt. Dieses Urteil halte ich für ein falsches Signal in Bezug auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte von Lehrerinnen und Lehrern. Deswegen unterstütze ich es, dass die betroffene Lehrerin in Revision geht und vor dem Bundesverfassungsgericht erneut für ihr Recht kämpft.

Es ist nicht neu, dass das Wirken von Lehrerinnen und Lehrer von Schülerinnen und Schülern dokumentiert wird und dabei Lehrerinnen und Lehrer auch Kritik erfahren. Internet-Foren wie spickmich geben Lehrer aber teilweise der Lächerlichkeit preis – und dies in aller Öffentlichkeit. Eine neue Qualität erhält dies zusätzlich durch die mit Fotohandy und Internet gegebene Möglichkeit, Bilder und Berichte rasch und

weltweit und auch dauerhaft zu publizieren, auch zu manipulieren. Außerdem haben die Lehrkräfte keine Chance, auf Kritik zu reagieren.

Unterrichten findet nicht im luftleeren Raum statt und Feedback von Schülerinnen und Schülern ist erwünscht und notwendig. Die Verunglimpfungen von Lehrkräften durch persönlichkeitsverletzende Veröffentlichungen und Videos ist indes etwas völlig Anderes. Ich nehme dieses Phänomen sehr ernst – wegen der Fürsorgepflicht für die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch aus Sorge um das Klima in unseren Schulen.

Es ist nur natürlich, dass Schülerinnen und Schüler das Bedürfnis haben, sich über ihre Erfahrungen in der Schule und auch ihre Ansichten über ihre Lehrerinnen und Lehrer auszutauschen. Dies war auch eine der Forderungen des Bildungsstreiks, die mir in meinen Gesprächen mit der Landesschülervertretung immer wieder gestellt wurde.

Viele Schulen in unserem Land haben bereits eigene Rückmeldekulturen entwickelt, die gut funktionieren. Mein Anliegen ist es, ein solches Rückmeldeverfahren an allen Schulen in unserem Land einzurichten. Ich möchte eine Rückmeldekultur installieren, die den angstfreien Austausch der Schüler mit ihren Lehrern in einer Weise ermöglicht, die deren Persönlichkeitsrechte wahrt. Deswegen ist es mir wichtig, dass dies in einem geschlossenen Bereich geschieht, der für dritte nicht zugänglich ist. Ich möchte den öffentlichen Internet-Foren etwas entgegensetzen, um den Schülerinnen und Schülern alternative Möglichkeiten aufzuzeigen, sich mit den Leistungen ihrer Lehrerinnen und Lehrer auseinanderzusetzen.

Ein höchst interessantes Modell ist hierbei das von der Universität Jena entwickelte Verfahren „Schüler als Experten für Unterricht (SEfU)“. Hierbei handelt es sich um ein internetbasiertes Instrument zur Selbstevaluation. Es wird bereits an Schulen in Sachsen und Thüringen erfolgreich eingesetzt.

Dieses Instrument bietet den Vorteil, dass es innerhalb von kürzester Zeit von allen interessierten Lehrern eingesetzt werden kann. Nach einer Anmeldung der Klasse auf dem Schulportal erhält der Lehrer ein Befragungskennwort, mit dem die Onlinefragebögen ausgefüllt werden können. Die Bearbeitungszeit für den

Schülerfragebogen beträgt ca. 20 Minuten. Er beinhaltet Fragen zum eigenen Erleben des Unterrichts („So erlebe ich es“) sowie die Möglichkeit zur Angabe von eigenen Interessen und Bedürfnisse der Schüler („So wichtig ist mir das“). Durch den Vergleich mit der Wahrnehmung des Unterrichts durch den Lehrer („So sehe ich diesen Aspekt meines Unterrichts“) werden unterschiedliche Sichtweisen zugänglich. Wenn alle Schülerantworten erfasst wurden und der Lehrerfragebogen ausgefüllt ist, sind die Ergebnisse online abrufbar. Diese sollen dann Ausgangspunkt für konkrete Veränderungsmöglichkeiten und Unterrichtsentwicklung sein.

Ich werde am 25. August mit den Lehrerverbänden sowie der Landesschülervertretung darüber sprechen, ein solches Rückmeldesystem zur Lehrerbewertung auch an unseren Schulen einzuführen. Dabei bin ich offen auch für andere, ebenfalls geeignete Rückmeldesysteme.

Ich würde mir wünschen, dass wir mit den Partnern schnell zu einem Konsens gelangen und vielleicht schon zum kommenden Halbjahr mit Schulen aller weiterführenden Schulformen starten, die freiwillig an diesem Projekt teilnehmen wollen. Dies sollte dann wissenschaftlich begleitet werden. Ebenfalls möchte ich die Lehrerverbände und die Landesschülervertretung bitten, dieses Projekt dann in einem Beirat konstruktiv zu begleiten. Wenn sich dieses Instrument bewährt und wir Erfahrungen gesammelt haben, könnte ich mir dann in der nächsten Legislaturperiode eine schrittweise flächendeckende Ausweitung auf das ganze Land vorstellen.

Abschließend möchte ich feststellen: Die Schulen in unserem Land sind für das neue Schuljahr gut vorbereitet. Die Schülerinnen und Schüler finden dabei Voraussetzungen vor, die sich im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich verbessert haben. Große Reformmaßnahmen wird es in diesem Schuljahr nicht geben, denn wir wollen den Schulen die notwendige Zeit geben, die bereits eingeleiteten Maßnahmen umzusetzen. Dennoch werden wir auch dieses Jahr daran arbeiten, unsere Schulen Schritt für Schritt weiter zu verbessern.